



**Landesregierung richtet Geschäftsstelle „Aufgabenkritik“ ein:
Schritt in die richtige Richtung ohne ausreichende Beinfreiheit**

In politischen Gesprächen und diversen Stellungnahmen mahnt der dbb sh immer wieder eine Strategie für Prozessoptimierungen an, um die viel zu hohe Belastung der Beschäftigten zu reduzieren. Jetzt soll reagiert werden. Der dbb sh wurde über die Einrichtung einer Geschäftsstelle „Aufgabenkritik“ bei der Staatskanzlei informiert. „Wir begrüßen, dass die Landesregierung das Problem erkannt hat, die Lösung dürfte aber etwas mehr Mut erfordern“, so dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp.

Der dbb sh hatte eine unabhängige Stelle vorgeschlagen, um praxisorientierte Vorschläge für weniger Bürokratie, bessere Zuständigkeitsabgrenzungen, zielgerichtete Strukturen sowie kennzahlenorientierte Finanzflüsse zusammenzutragen und die Umsetzung voranzutreiben. Die Unabhängigkeit ist dabei von zentraler Bedeutung, um „Beinfreiheit“ zu gewährleisten. Die dagegen vorgesehene direkte Einbindung in die Organisationsstruktur der Landesregierung dürfte nach Einschätzung des dbb sh wie eine eingebaute Bremse wirken. „Wenn innovative Ideen auf Bedenkenträger stoßen oder einen Verlust von Ressourcenverordnung bedeuten, werden diese Ideen noch vor einem Praxischeck beerdigt. Wenn das Konzept zur Aufgabenkritik ein Erfolg werden soll, dann sollte es nachgeschärft werden.“ Der dbb sh bietet dabei weiterhin seine Unterstützung an.

Ein entsprechender Handlungsbedarf wird durch die Ergebnisse der vorliegenden Erhebung zur Arbeitsfähigkeit und Gesundheit der Landesbeschäftigten untermauert. Arbeitsverdichtung, Störfaktoren im Arbeitsalltag sowie Arbeit auch bei Krankheit gehören zu einer weit verbreiteten Praxis, die zu einer Verschärfung bereits bestehender Probleme führen.

Nach Überzeugung des dbb sh ist neben einem praxisgerechten betrieblichen Gesundheitsmanagement auch das Wissen aller Beteiligten über Arbeits(zeit)schutzvorschriften von großer Bedeutung. Ein – noch bestehendes - hohes Verantwortungsbewusstsein der Beschäftigten darf nicht ausgenutzt werden und zu Überlastung führen. Andernfalls wird die Identifikation der Beschäftigten mit ihren Aufgaben aufs Spiel gesetzt.

Der dbb wird sich weiterhin für die Beachtung und Weiterentwicklung einschlägiger Vorschriften einsetzen, um Entlastung, Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitszeitsouveränität voranzubringen.